

Herr Dirk Schatte
Frau Birgit Schimang
Herr Friedhelm Topp
Frau Stefanie Walder
Frau Kirsten Max

Gäste

Frau Ute Belz	Amt III/51
Herr Detlef Berning	Abenteuerspielplatz der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e. V. Hilden
Herr Sven Lutter	SPE Mühle e. V.
Herr Bodo Säume	Abenteuerspielplatz der Freizeitgemeinschaft Behinderte und Nichtbehinderte e. V. Hilden
Frau Gisela Tröltzsch	Ferdinand-Lieven- Schule

Beiräte

Frau Renate Blum	Behindertenbeirat
------------------	-------------------

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Geschäftsbericht 2012 des Amtes für Jugend, Schule und Sport
WP 09-14 SV 51/247
- 3 Jahresberichte der freien Träger der Jugendhilfe
WP 09-14 SV 51/246
- 4 Pädagogisches Zentrum im Holterhöpfchen
WP 09-14 SV 51/244
- 5 Controlling und Steuerungsunterstützung in den Sozialen Diensten
WP 09-14 SV 51/251
- 6 HzE-Report-Hilden
WP 09-14 SV 51/252
- 7 Wahl der Jugendschöffinnen / Jugendschöffen für die Wahlperiode 2014 - 2018
WP 09-14 SV 51/258

- 8 Betreuungssituation von Kindern im Alter von bis zu 6 Jahren – weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Angebotes-
WP 09-14 SV 51/253
- 9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Um 17:30 Uhr wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Der Vorsitzende, Herr Schneller, eröffnete die Sitzung stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und die Sitzungsvorlagen vollständig zugegangen seien. Sodann wurde wie folgt beraten und beschlossen.

Eröffnung der Sitzung

Herr Vorsitzender Schneller eröffnete die Sitzung und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest.

Änderungen zur Tagesordnung

Änderungswünsche zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

Einwohnerfragestunde

Um 17:30 Uhr rief Herr Vors. Schneller zur Einwohnerfragestunde auf. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

1 Befangenheitserklärungen

Frau Reuter teilte mit, dass sie zu dem TOP 7, Wahl der Jugendschöffen/Jugendschöffen für die Wahlperiode 2014 – 2018 befangen sei, da sie auf der Vorschlagsliste stünde. Herr Vorsitzen-

der Schneller teilte hierzu mit, dass Frau Reuter nicht befangen sei, da eine Befangenheit bei Wahlen nicht gegeben sei.

2 Geschäftsbericht 2012 des Amtes für Jugend, Schule und Sport

WP 09-14 SV
51/247

Herr Wannhof führte hierzu aus, dass der Geschäftsbericht insgesamt sehr ausführlich und anschaulich dargestellt worden sei. Zum leichteren Verständnis schlug er jedoch vor, für die Darstellung des Gesamthaushaltes eine andere Form als ein Kuchendiagramm zu verwenden. Frau Kittel sprach der Verwaltung zu diesem Geschäftsbericht ihr Lob aus.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss bzw. der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den Geschäftsbericht 2012 des Amtes für Jugend, Schule und Sport zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

3 Jahresberichte der freien Träger der Jugendhilfe

WP 09-14 SV
51/246

Herr Bosbach erkundigte sich im Zusammenhang mit dem Jugendtreff St. Konrad, wann die geplante Ausweitung der personellen Besetzung angegangen würde. Hierauf antwortete Frau Aubel, das der Planungsprozess des neuen Kinder- und Jugendförderplanes laufe. Der Projektplan hierzu sei bereits im Ausschuss vorgestellt worden. In diesem Zusammenhang werde auch die zukünftige finanzielle Ausstattung geregelt.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Jahresberichte der freien Träger der Jugendhilfe zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

4 Pädagogisches Zentrum im Holterhöpfchen

WP 09-14 SV
51/244

Herr Wannhof führte aus, dass er das Konzept sehr ansprechend und überzeugend fände. Es stelle sich ihm jedoch die Frage, wo es räumlich angesiedelt sein solle und durch wen es koordiniert werden würde.

Herr Rädisch erläuterte ergänzend hierzu, dass es ihm wichtig sei, dass die Angebote korrelierten und somit auch an seiner Schule stattfänden. Der Umsetzungsprozess hierzu laufe gerade. Die neue Schule werde demnächst starten und die gesamte Entscheidungsarbeit dadurch noch einmal einen Schwung erhalten. Die Probleme an den Schulen würden insgesamt größer. Das Helmholtz-Gymnasium sei eine Ganztagschule, dies bedeutete, dass die Kinder vor Ort seien und auch vor Ort Hilfe benötigten. Hier biete das Pädagogische Zentrum einen sehr guten Ansatz, darin sei man sich auch mit den anderen Schulleitern einig, da mit der Umsetzung auch Parteien zusammen arbeiteten, die bisher nicht direkt zusammen gearbeitet hätten.

Herr Bosbach betonte, dass es sehr wichtig sei, was Herr Rädisch gesagt habe und erkundigte sich danach, wie das Konzept personell gemeistert werden solle, da Schule und auch Beratungsstelle schon ausgelastet seien und ein weiteres Angebot unter diesen Voraussetzungen nur schwer vorstellbar sei. Frau Aubel führte hierzu aus, dass das pädagogische Zentrum kein Neustart sondern eine logische Fortsetzung und qualitative Weiterentwicklung der Bildungspartnerschaften sei. Es würden Ressourcen und Schnittstellen genutzt die bereits vorhanden seien. So könne man z. B. für die Funktion der Koordinatorin auch auf die Ressourcen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket zugreifen.

Herr Thieme begrüßte den Vorschlag auf Seite 4 – Präventives Anti-Gewalt-Training - sehr und bat hierzu, dass auch die Schulen in dieses Angebot miteinbezogen würden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport / der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum pädagogischen Zentrum zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

5	Controlling und Steuerungsunterstützung in den Sozialen Diensten	WP 09-14 SV 51/251
---	--	-----------------------

Herr Böhm sprach den auf Seite 3 benannten wissenschaftlich begleiteten Qualitätsoptimierungsprozess zur Effektivitäts- und Effizienzsteigerung an und erkundigte sich danach, durch wen diese wissenschaftliche Begleitung erfolge, welcher Zeitplan vorgesehen und wann mit einem Ergebnis dazu zu rechnen sei.

Herr Bosbach machte darauf aufmerksam, dass sich die AG Wohlfahrt ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt habe. Hier sei laut der AG Wohlfahrt eine Stellungnahme an die Verwaltung geplant. Er bat um Übersendung dieser Stellungnahme an die Fraktionen.

Frau Dr. Belz erläuterte kurz, dass man im August mit dem Optimierungsprozess begonnen habe und dieser Prozess zur Wirkungsweise von Hilfen stetig fortgeführt werde. Es handele sich jedoch nicht um eine wissenschaftliche Studie.

Frau Gronemeyer begrüßte, dass die Stadt in dieses schwierige Thema eingestiegen sei. Hier gäbe es ein großes Spannungsfeld zwischen Wirtschaftlichkeits- und Wirksamkeitsorientierung. Sie erkundigte sich, was mit Hilfen zur Erziehung passiere, die sich durch ihre Wirksamkeit legitimierten. Was werde beispielsweise bei einem sehr schwierigen Fall passieren, der über eine lange Zeit laufe aber bei dem trotz intensiven Einsatzes keine erkennbare Wirkung mehr erzielt werden könne.

Frau Aubel erläuterte hierzu, dass es drei unterschiedliche Gruppen Hilfeempfänger gäbe. Zum einen seien das Fälle, in denen eine akute Kindeswohlgefährdung vorläge, zum anderen gäbe es Familien, in denen selbst Ressourcen und emotionale Bindungen vorhanden seien und die daher nur einer zeitlich begrenzten Unterstützung bedürften. Zur dritten Gruppe gehörten die Assistenzfälle, in denen eine dauerhafte Unterstützung notwendig sei. Hier werde laufend geprüft, ob die Hilfe eingestellt oder verändert werden könne oder ob weiterhin eine kontinuierliche Unterstützung erforderlich bliebe.

Herr Beig. Gatzke führte hierzu aus, dass alles miteinander verwoben sei. Mit der Umsetzung sei man „am Puls der Zeit“. Es habe vielfältige gesellschaftliche Veränderungen aber auch Verände-

zung mit lokaler Relevanz gegeben. Hier sei man bereit, sich mit hoher Kompetenz auf die veränderten Bedingungen einzustellen. Die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in Hilden sei sehr gut.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Sachstand Controlling und Steuerungsunterstützung in den Sozialen Diensten zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

6 HzE-Report-Hilden

WP 09-14 SV
51/252

Frau Gronemeyer hob hervor, dass die erzieherischen Fähigkeiten der Eltern ein gravierender Aspekt seien und erkundigte sich danach, wie man diesem Problem in Zukunft besser begegnen könne. Darüber hinaus fragte sie nach, ob hier nicht versucht werden sollte, neue Konzeptionen zu entwerfen.

Frau Aubel gab Frau Gronemeyer Recht, dass es ein erfolgversprechender Weg sei, Eltern flankierende Maßnahmen anzubieten, bevor sich Probleme verfestigten. Dass die frühen Hilfen sich rechneten, könne man auch daran ablesen, dass die Betroffenen später nicht im Transferleistungsbezug seien und die Kriminalitätsrate niedriger sei. Ein flächendeckendes Programm würde jedoch mit einem sehr hohen Kostenaufwand einhergehen und ließe sich mit dem vorhandenen Personal nicht bewältigen.

Herr Thieme erkundigte sich nach der ethischen Seite von vorgeburtlichen Maßnahmen.

Hierauf antwortete Frau Aubel, dass es sich hierbei um frühzeitige Hilfen handele, z. B. mit dem Inhalt wie ein Kinderzimmer zu gestalten sei, damit sich ein Kind nicht verletzte u. ä. Sie bat Herrn Thieme seine Frage bezüglich des ethischen Aspektes noch einmal konkreter zu formulieren. Herr Thieme führte darauf hin aus, dass er frühe Hilfen kritisch sehe, weil er befürchte, dass die Mütter keinen Einfluss bzw. nur einen geringen Einfluss auf die Erziehung ihrer Kinder nehmen könnten. Hierzu erläuterte Frau Aubel, dass es darum gehe, einen Weg aufzuzeigen und Möglichkeiten anzubieten, dies immer im Einverständnis und in Abstimmung mit den Eltern.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den HzE-Report zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen.

7 Wahl der Jugendschöffinnen / Jugendschöffen für die Wahlperiode
2014 - 2018

WP 09-14 SV
51/258

Zu diesem TOP machte Herr Wannhof darauf aufmerksam, dass die Vorlage nicht öffentlich zu beraten sei. Hierzu erläuterte Herr Beig. Gatzke, dass dies im Zusammenhang mit der Wahl der Schöffen auch bisher gängige Praxis sei, es in diesem Fall jedoch zu einem Büroversehen gekommen sei und dieser Punkt nun auf der öffentlichen Sitzung stünde. Da heute jedoch nicht über einzelne Personen gesprochen, sondern nur über die Gesamtliste abgestimmt werden würde, könne dies auch im öffentlichen Teil geschehen. In Zukunft sei dieser TOP dann wieder nicht öf-

fentlich zu beraten und zu beschließen.

Herr Vorsitzender Schneller betonte auch noch einmal, dass in diesem Fall nicht über einzelne Personen diskutiert werde und er diese SV deshalb im öffentlichen Teil belassen werde. Sodann ließ Herr Vors. Schneller über diesen TOP abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die in der Anlage aufgeführten Personen als Jugendhauptschöffen/Jugendhauptschöffen und Jugendhilfsschöffen/Jugendhilfsschöffen für die Amtsperiode vom 01.01.2014 bis 31.12.2018 dem Amtsgericht Langenfeld vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (FDP)

8	Betreuungssituation von Kindern im Alter von bis zu 6 Jahren – weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Angebotes-	WP 09-14 SV 51/253
---	--	-----------------------

Frau Kittel teilte mit, dass man die Einführung der Waldkindergärten begrüße. Die Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe im Matthias-Claudius-Haus könne aber durchaus kontrovers diskutiert werden. Hier habe man sich für die Kita-Gruppe in der Einrichtung St. Elisabeth eine andere Lösung vorstellen können. Da diese jedoch nicht realisierbar sei, stimme man der Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe im ev. Familienzentrum „Erlöserkirche“ zu.

Herr Nellessen führte aus, dass sich der Jugendamtselternbeirat freue, dass der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz erfüllt werden könne und bedankte sich für die gute Arbeit. Ein weiterer Ausbau, wie ihn die Verwaltung geplant habe, sei wichtig um die Überbelegung der Kitas möglichst schnell abzubauen. Hierbei hob er die besondere Bedeutung der Waldkindergärten hervor. Darüber hinaus ging er kurz auf die entstehenden Kosten für den Umbau im Familienzentrum „Erlöserkirche“ ein. Diese seien nach Auffassung des Jugendamtselternbeirates angemessen im Hinblick auf den erforderlichen Umbau, die zu berücksichtigenden Sicherheitsvorschriften sowie die energetische Sanierung. Der Beirat befürworte daher die Maßnahmen zur Schaffung von neuen Kita-Plätzen, um die Überbelegung der bestehen Kitas zu reduzieren.

Diese Sitzungsvorlage habe ihn sehr gefreut, äußerte Herr Burchartz, auch im Hinblick auf seinen Antrag zu einem Waldlehrpfad. In diesem Zusammenhang habe er Kontakt zu Sponsoren, die er gerne um Unterstützung ansprechen werde.

Herr Dr. Lipski teilte mit, dass seine Fraktion die Betreuung bis 6 Jahren stets zustimmend unterstützt habe. Die CDU-Fraktion werde daher auch diesem Gesamtpaket zustimmen.

Herr Bosbach führte für die SPD-Fraktion aus, dass man dem weiteren Ausbau zustimmen werde. Die Überbelegung müsse beendet werden, um die Gruppen aber auch die Erzieherinnen zu entlasten.

Ergänzend gab Herr Burchartz zu Protokoll, dass seine Fraktion, wenn sie Stimmrecht hätte, dieser Vorlage zugestimmt hätte.

Abschließend fasste Herr Schneller zusammen, dass diese Vorlage eine weitere Entwicklung zur Gesamtversorgung mit Kita-Plätzen sei und ließ sodann über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat nimmt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss den Bericht zur Betreuungssituation von Kindern im Alter bis zu 6 Jahren zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Betreuungssituation zu fördern und zu unterstützen:
 - a. Die Inbetriebnahme einer integrierten Waldgruppe für Kinder über 3 Jahren im Familienzentrum AWO „Zur Verlach“ zum 01.03.2014. Zur Beschaffung der Ausstattung (Bauwagen und pädagogisches Material) erhält der AWO-Kreisverband einen städtischen Zuschuss in Höhe von 25.000 €. Der Mehraufwand an Betriebskosten in Höhe von 45.600 € wird im Rahmen des Haushaltsplanes 2014 berücksichtigt.
 - b. Die Inbetriebnahme einer integrierten Waldgruppe für Kinder über drei Jahre in der evangelischen Kindertageseinrichtung „Sonnenschein“ zum 01.08.2014. Zur Beschaffung der Ausstattung (Bauwagen und pädagogisches Material) erhält die Evangelische Kirchengemeinde einen städtischen Zuschuss in Höhe von 25.000 €. Der Mehraufwand von Betriebskosten in Höhe von 28.700 € wird im Rahmen des Haushaltsplanes 2014 berücksichtigt.
 - c. Die Einrichtung einer zusätzlichen Gruppe (20 Kinder, davon 6 Kinder unter drei Jahren) im Evangelischen Familienzentrum „Erlöserkirche“ zum 01.04.2014. Die Evangelische Kirchengemeinde erhält zur Finanzierung der Umbaukosten im Jahr 2013 einen städtischen Zuschuss in Höhe von 240.000 €. Die Mittel werden im Haushaltsjahr 2013 außerplanmäßig bereitgestellt. Deckung: Reduzierung „Liquide Mittel“. Die Evangelische Kirchengemeinde erhält einen Zuschuss zur Finanzierung der Einrichtungskosten in Höhe von 25.900 €. Der Mehraufwand an Betriebskosten in Höhe von 55.850 € wird im Haushaltsplan 2014 berücksichtigt.
 - d. Die Haushaltsmittel zu 2a (25.000 €) und 2 b (25.000 €) und zu 2c (25.900 €) werden im Vorgriff auf den Haushalt 2014 freigegeben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt über den aktuellen Stand der Umsetzung der Maßnahme in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Frau Schimang teilte mit, dass der Caritasverband im Kreis Mettmann als Träger von St. Jacobus für eine Sanierung und den Ausbau der Anlage einen Zuschuss in Höhe von 170.000 € beantragt und bewilligt bekommen hatte. Dieser Zuschuss würde nun nicht mehr benötigt. Zum einen hätten sich die Sanierungskosten reduziert und zum anderen konnten die vorhandenen Rücklagen genutzt werden.

Frau Walder teilte mit, dass eine umfangreiche Schülerbefragung durchgeführt werde. Dies betreffe die Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse. Hierbei handele es sich um eine Vollbefragung,

die auch bereits mit den Schulleitern abgestimmt sei. Die Ergebnisse würden in den Kinder- und Jugendförderplan einfließen. Mit ersten Ergebnissen rechne man im Herbst, eine weitere Information werde dann folgen.

Herr Thieme wies auf die anstehende Bürgermeister- und Landratswahl im kommenden Jahr hin und führte aus, dass das Jugendparlament hierzu eine Erstwählerkampagne starten wolle. Hierzu werde Werbematerial wie Plakate, Postkarten und Broschüren hergestellt. Natürlich sei es in diesem Zusammenhang wichtig, von allen Parteien das Programm zu erfahren, insbesondere, was die jeweilige Partei Jugendlichen biete bzw. was sie für Jugendliche interessant mache. Hier bat er um Unterstützung des Jugendparlamentes durch die Parteien und Mithilfe, die entsprechenden Informationen zu erhalten. Alle Parteien würden hierzu noch einmal gesondert angeschrieben.

10 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Hierzu erfolgte keine Wortmeldung.

Ende der Sitzung: 17:30 Uhr

Hans-Werner Schneller
Vorsitzender

Kirsten Max
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister

Reinhard Gatzke
Beigeordneter